

Im Klassenkampf

An rund 40 Schulen haben sich Lehrer zum drastischen Protest gegen die von der Landesregierung geplante Mehrarbeit entschlossen. Jetzt haben Eltern, Schüler und Pädagogen mit Politikern diskutiert.

Von Bärbel Hilbig

Artikel veröffentlicht: HAZ, Donnerstag, 07.11.2013 21:17 Uhr

Artikel aktualisiert: HAZ, Donnerstag, 07.11.2013 21:58 Uhr

[Link zum NRD-Bericht:](#)

http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/media/hallonds18635.html

Im Klassenkampf. Es gibt Schüler, für die Ute Neuhaus gerne mehr tun würde. Manchmal geht die Englischlehrerin nachmittags mit einem Kind im Gymnasium Langenhagen die Hausaufgaben durch, erklärt noch einmal, was nicht verstanden wurde. Doch wenn die Landesregierung wie geplant die Lehrerarbeitszeit erhöht, wird das noch seltener klappen, da ist sich die 49-Jährige sicher. Und das quält sie.

„Ich brenne weiter für meinen Beruf. Aber die Klassen werden nicht kleiner, und wir würden uns gerne endlich mehr um unsere Schüler kümmern“, sagt Neuhaus. Nach zehn Jahren verordneter Mehrarbeit hatten gerade die Älteren auf eine Entlastung gehofft. Nun soll es wieder in die andere Richtung gehen. Deshalb ist Neuhaus wie viele andere Lehrer, Eltern und Schüler am Mittwochabend in die Bismarckschule gekommen. Die Landtagsabgeordneten Stefan Politze (SPD) und Helge Limburg (Grüne) stellen sich dem gesammelten Unmut. Und der ist gewaltig. Zu unverständlich erscheint es, warum das Land eine versprochene Arbeitsreduktion für alle älteren Lehrer aussetzen, die Unterrichtszeit der Gymnasiallehrer außerdem sogar um eine auf 24,5 Stunden pro Woche hochsetzen will.



An rund 40 Schulen haben sich Lehrer zum drastischen Protest gegen die von der Landesregierung geplante Mehrarbeit entschlossen. Jetzt haben Eltern, Schüler und Pädagogen mit Politikern diskutiert.

„Der Üstra-Fahrer bezahlt ja auch nicht die Hochbahnsteige“, sagt Lars Manns, Personalrat der Bismarckschule, der gemeinsam mit Schülersprecherin Carla Revilla Diez und Elternvertreter Matthias Spiehl mit den Politikern auf dem Podium diskutiert. Manns, selbst Politiklehrer, betont, Bildung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sprich: Sie soll auch von allen bezahlt werden, statt Verbesserungen in einem Teilbereich mit Verschlechterungen in einem anderen zu finanzieren.

„Für 40 Prozent der Schüler in Niedersachsen, so viele besuchen ein Gymnasium, wird es eine schlechtere Schule“, sagt Manns. Eine Lehrerin im Publikum berichtet, dass sie gerade zwei Stunden mit der Vorbereitung für das anspruchsvolle und laut Plan vorgeschriebene Thema einer Schulstunde verbracht hat. Weitere Zeit für diese eine zusätzliche Schulstunde pro Woche wird notwendig, um Klausuren zu entwerfen und zu korrigieren, mit Schülern und vielleicht Eltern in dieser Klasse zu sprechen.

Klassenfahrten oder ähnliche Aktivitäten fallen aus

An inzwischen rund 40 Schulen im Raum Hannover haben sich die Lehrer inzwischen zu Protesten entschlossen, oft indem Klassenfahrten oder ähnliche Aktivitäten jenseits des Kernunterrichts ausfallen sollen. „Wir finden es schockierend, dass manche Schüler das gar nicht mehr erleben werden“, sagt Carla Revilla Diez, Schülersprecherin der Bismarckschule. Dennoch sieht sie die Verantwortung dafür bei der Landesregierung, nicht bei ihren Lehrern. „Die Politiker verstehen nicht, dass wir Schüler auch betroffen sind. Wenn unsere Lehrer mehr Schüler haben, können sie sich um den einzelnen weniger kümmern.“

Stefan Politze müht sich, die geplanten Verbesserungen im Bildungssektor darzustellen: Das Land will mehr Geld für weitere Krippen, für endlich besser ausgestattete Ganztagschulen, kleinere Klassen, Lehrerfortbildung, Gesundheitsschutz und Inklusion ausgeben. Zum Teil soll dafür zusätzliches Geld in den Kultusetat fließen, zum Teil muss umgeschichtet werden. Und da sieht man die Mehrarbeit als einzige Möglichkeit. Die so erwirtschafteten Stunden blieben „im System“, betont Politze. Die technokratische Formulierung kommt im Publikum jedoch nicht gut an.

Personalrat Manns geht davon aus, dass sich die Mehrarbeit stark auf Neueinstellungen auswirken wird. „Junge Kollegen mit neuen Ideen werden nicht mehr so schnell in den Lehrerberuf kommen.“ Elternvertreter Matthias Spiehl kritisiert, dass seinen Kindern dann bald vor allem ältere Lehrer mit höherer Krankheitsquote gegenüberstünden. „Es wird mehr Unterricht ausfallen. Uns fehlt dann eine Lehrergeneration.“

Unmut bereitet Eltern und Lehrern auch, dass besonders an den Gymnasien die Unterrichtsverpflichtung steigen soll. „Es unterstellt, dass Gymnasiallehrer einen lauen Job haben“, kommentiert eine Lehrerin aus Lehrte. Der Elternsprecher der Wilhelm-Raabe-Schule argumentiert in ähnliche Richtung. „Die Landesregierung behauptet mit der Stundenerhöhung entweder, dass unsere Lehrer unterbeschäftigt sind. Oder sie lässt es zu, dass die Qualität am Gymnasium durch die Überlastung sinkt.“ Lehrer an anderen Schulformen unterrichten allerdings tatsächlich mehr. „Und Lehrer an der Hauptschule haben nun mal schwierigere Kinder“, führt Politze an und erntet prompt wütende Zwischenrufe. Helge Limburg, eigentlich Rechtsexperte der Grünen im Landtag, räumt ein, dass Lehrer am Gymnasium für Klausurkorrekturen deutlich mehr Zeit benötigten. „Aber der große Unterschied zu anderen Schulen in der Unterrichtsverpflichtung ist nicht nachvollziehbar.“ Am Ende stellt er fest, dass sich die Arbeitsbelastung von Lehrern an verschiedenen Schulformen schwer messen und gerecht verteilen lässt.

Viel Mehrarbeit an den Gymnasien ist in den vergangenen Jahren durch die verkürzte und verdichtete Zeit bis zum Abitur und mehr Prüfungsfächer entstanden. Politze erinnert daran, dass über eine Rückkehr zum längeren Abitur beraten wird. Ganztagschule und mittelfristige Klassenverkleinerung komme auch den Gymnasien zugute. „Wir stellen uns nicht gegen die Gymnasien.“ Man ginge aus der Not heraus in diesen Konflikt. Die Reaktion an diesem Abend ist massive Verärgerung, die offenbar Lehrer, Eltern und Schüler im Publikum teilen.